Rumph. Canada Hist. H.

Die konservative Politik

ist die

Populäre Volks-Politik

LIBRARY
UNIVERSITY OF TORONTO
1913

Die konservative Stellung in wichtigen Provinzial-Fragen, erläutert vom populären konservativen :: :: :: Führer :: :: ::

F. W. G. Haultain, K. C.

zu Biggar am 15. April :: :: :: 1912 :: :: ::

Die konservative Partei erstrebt Gerechtigkeit für alle Nationalitäten, Konfessionen und Klassen. Sie ist die Partei des Volkes.

The Nordwesten Publ. Co., Ltd., Winnipeg

Der konservative Führer.

Frederick W. G. Haultain, K.C., Führer der Opposition in der Legislatur von Saskatchewan, einer der bestbekannten Männer im öffentlichen Leben Canadas, hat länger im Dienste des Volkes gestanden als irgend ein anderer Mann in West-Canada. Seit 1887 war er ununterbrochen Mitglied gesetzgebender Versammlungen im canadischen Nordwesten. Acht Jahre lang war er Premier der Territorien und würde er der erste Premier von Saskatchewan geworden sein, hätte man nicht absichtlich ihn beiseite geschoben wegen seiner Opposition gegen gewisse Punkte in dem Laurier-Autonomie-Gesetz, welche in bedeutendem Maße die Machtbefugnisse der Provinzial-Legislatur beschränkten und die Provinz um Millionen von Dollar an Einkünften beraubten. Sein mannhaftes Eintreten für die Rechte der Provinz kostete ihn den Premierposten.

Der Oppositionsführer ist ein Sohn des Oberstleutnant F. W. Haultain von der Royal Artillery und wurde in Woolwich, England, geboren. Im Alter von drei Jahren kam er mit seinen Eltern nach Canada, so daß in Bezug auf Wohnsitz, Erziehung und Erfahrung er in jeder Beziehung ein wahrhaft echter Canadier ist. Er genoß seine Schulbildung in Montreal, Peterboro, Ont., und auf der Universität von Toronto, aus welcher Anstalt er mit Ehren hervorging. Dann nahm er das Rechtsstudium auf und wurde im Jahre 1882 in Ontario zur Anwaltspraxis zugelassen.

Herr Haultain darf mit Recht den Titel eines westlichen Pioniers beanspruchen. Im Jahre 1884 kam er nach dem Prärielande und siedelte sich in Macleod an, wo er mit der Ausübung seines Berufes begann. Er nahm sogleich eine leitende Stellung im Gemeindewesen an und beim Rücktritt Viscount Boyles, der Mitglied

für Macleod im Northwest Council war, wurde Herr Haultain — dazumal erst 30 Jahre alt — als dessen Nachfolger gewählt. Seine Popularität in und außerhalb der gesetzgebenden Versammlung wird durch die Tatsache bewiesen, daß von 1888 bis 1905, allwo die alte Nordwest-Territorien-Regierung ihr Ende erreichte, er bei jeder Wahl als Vertreter von Macleod gewählt wurde. Seine Erfahrungen, Fähigkeiten und Neigungen befähigten ihn im höchsten Maße zum politischen Leben; er errang sich uneingeschränkte Anerkennung und im Jahre 1888 wurde er zum Mitglied des Rates der Territorial-Versammlung ernannt. In 1891 erhielt er einen Platz im neu organisierten Exekutiv-Komitee. Im folgenden Jahre wurde er mit der Bildung des Exekutiv-Komitees betraut, welches praktisch seine Erhebung zur Führerschaft der Territorial-Regierung bedeutete. Im Jahre 1897 wurde er der erste offizielle Premier der Territorien.

Herr Haultain hat sich jederzeit als Verfechter der Rechte des Volkes im Westen erwiesen. Er war es, der in der Gesetzgebung den Kampf um Anerkennung der Prinzipien verantwortlicher Regierung führte, und in den anderen Teilen Canadas hat dieser Grundsatz Anerkennung gefunden, in den Territorien dagegen erst nach heftigem Ringen. Es war deshalb geradezu selbstverständlich, daß er auch im Jahre 1905 den Kampf aufnehmen sollte gegen den Anschlag, die Selbstregierung der Provinz in dem Maße zu beschneiden, daß sie weniger Autorität besaß, als die anderen Provinzen in der Konföderation.

Ein geborener Führer.

Als ein öffentlicher Verwalter wird er von keinem Manne in West-Canada übertroffen. Seine Fähigkeiten als Gesetzgeber sind anerkannt und seine langjährige Erfahrung hat es ihm ermöglicht, ganz hervorragendes Geschick in der Kunst der Landesverwaltung sich anzueignen. Er hat mehr Männer zu tauglichen Beamten ausgebildet als irgend ein anderer im öffentlichen Amte stehender Mann im Westen und seine Fähigkeiten in allgemeinen Regierungsarbeiten gestatteten ihm in den Tagen parteiloser Regierung in den Territorien, leitende Männer als Anhänger zu gewinnen, die ihm an Jahren bedeutend voraus waren. Premier Sifton, Ex-Premier Rutherford, sowohl als auch Leutnant-Gouverneur Bulyea von Alberta

waren zu jener Zeit seine Anhänger, so auch Hon. Frank Oliver, Senator Roß und selbst Premier Scott, während Hon. J. A. Calder sein Hilfsbeamter im Unterrichts-Departement war. Und dies sind nur einige Namen von Männern, die im öffentlichen Leben des Westens eine hervorragende Stellung einnahmen und welche die fähige Führerschaft Frederick Haultains anerkannten.

Der Kampf um Gerechtigkeit.

Seit den Tagen, als die Gewährung selbständiger Regierung an die Territorien zum ersten Mal auf's Tapet kam, trat Herr Haultain energisch für weitgehendste Machtbefugnisse ein und verlangte besonders Uebergabe voller Kontrolle der öffentlichen Domäne an die neuen Provinz-Regierungen, sowie Entschädigung für den Teil derselben, der für die Zwecke der Dominial-Regierung veräußert worden ist. Er behauptete mit Recht, daß eine Maßregel der Selbstregierung (Autonomy), die nicht volle Kontrolle über die natürlichen Hilfsquellen gewähre, die Provinz in eine untergeordnete Stellung gegenüber den älteren Provinzen der Konföderation versetzen würde. In dieser Ansicht wurde er praktisch von der ganzen Bevölkerung der Territorien unterstützt; angesehene Männer beider politischen Richtungen erkannten dies Verlangen als ein durchaus gerechtes an. Die Herren Scott, Sifton, Oliver, Bulyea, Roß und andere führende Liberale des Westens stimmten seiner Stellungnahme rückhaltlos bei und Herr Scott selbst war ein eifriger Verfechter in der Sache für Provinziale Rechte. Unterdessen zeigte es sich aber immer deutlicher, daß die Laurier-Regierung sich auf einen ganz anderen Standpunkt stellte, als die westlichen Liberalen eingenommen hatten.

Die Laurier-Regierung.

Diese hatte sich entschlossen, die gesetzlichen Machtbefugnisse der neuen Provinzen einzuschränken und ihnen die öffentlichen Ländereien, die Wälder, die Mineralien und die Wasserflächen vorzuenthalten. Für Herrn Haultain blieb jedoch keine andere Wahl, als auf seinem früheren Standpunkt zu verharren obwohl er sich völlig darüber im Klaren war, was das bedeuten möge. Er fand denn auch gar bald aus, daß die Liberalen ihn in der Landfrage verlassen

hatten, denn Ehren harrten jener, die zu Laurier hielten; für Scott und Rutherford standen Premierposten, für Bulyea ein Leutnant-Gouverneurposten, und für Frank Oliver ein Posten im Laurier-Kabinett in Aussicht. Nur für den Premier der Territorien, welcher standhaft ausharrte für die Rechte der Provinz, blieb nichts übrig, es sei denn ein Sitz im kühlen Schatten der Opposition. So kam es, daß im Jahre 1905 Herr Haultain Oppositionsführer im Provinzial-Parlament wurde. In diesem Jahre, bekämpft von der überwältigenden Macht zweier Regierungen, wurde seine Partei besiegt, doch nicht geschlagen, und der Kampf um die öffentliche Domäne begann nun erst recht. Im Jahre 1908 wurde höchst unerwartet und in hinterlistiger Weise von Seiten der Scott-Regierung Hals über Kopf eine Neuwahl angesetzt, und obwohl gänzlich überrascht und deswegen unvorbereitet, so vereinigte damals die Opposition dennoch 49 Prozent der Volksstimmen auf sich und zog mit starkem Gefolge in die neue Legislatur ein. Diese Wahl bedeutete in Wirklichkeit den Wendepunkt im Geschicke der Opposition. Die Prophezeiung bezüglich der Unzulänglichkeit der provinzialen Einkünfte und der Unfähigkeit der Verwaltung gingen mit auffallender Präzision in Erfüllung; die Regierung hat das öffentliche Vertrauen eingebüßt, und diese Tatsache ist in bedeutendem Maße durch die kürzliche Entfernung ihrer mächtigen Stütze, der Laurier-Regierung, beschleunigt worden. Die Opposition tritt mit größter Zuversicht in den jetzigen Wahlkampf ein, in der festen Ueberzeugung, daß die Stunde ihres Triumphes herannaht.

Die konservative Politik.

Die konservative Politik in einigen der wichtigsten Fragen wurde von Herrn Haultain in einer Programm-Rede zu Biggar am 15. April klar auseinandergesetzt. Die Hauptpunkte dieser Politik sind wie folgt:

Die öffentliche Domäne.

Provinzialer Besitz und Verwaltung der öffentlichen Domäne innerhalb der Provinz einschließlich Ländereien, Mineralien, Holz und Wasser.

Entschädigung von Seiten der Dominion für alle Ländereien und andere natürlichen Hilfsquellen innerhalb der Provinz, welche durch die Dominial-Regierung für Bundes- (federal) Zwecke verwandt wurden, einschließlich gekaufte Heimstätten und Pre-emptions.

Provinziale Kontrolle der Schulländereien und Schulländer-Fonds.

Die Einrichtung von Seiten der Provinz (nach Uebernahme der öffentlichen Domäne) eines Systems von Heimstätten und Pre-emptions, welches eine Erleichterung der gegenwärtigen Bearbeitungs- und Wohnungs-Pflichten schafft.

Die Beiseitesetzung einer angemessenen Landstiftung aus der öffentlichen Domäne für die Provinziale Universität.

Ein Wegerecht zu den Hudsons Bay Häfen.

Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, denn infolge der Zurückhaltung der öffentlichen Domäne durch die Dominial-Regierung hat die Provinz etwa $25,000,000 an Einkünften seit 1905 verloren. Herrn Haultains Politik würde bedeuten, daß alles durch den Verkauf von öffentlichen Ländereien erlöste Geld, alle Holz- und Kohlenabgaben usw., der Provinzial-Regierung zufallen würden, anstatt der Dominial-Regierung, wie es jetzt der Fall ist.

Heimstätte-Bedingungen.

Herr Haultain verpflichtet sich persönlich dazu, daß, wenn die Ländereien der Provinz überwiesen werden, ein Heimstätten- und Pre-emption-System geschaffen werden wird, und er verspricht auch, eine Abänderung der gegenwärtigen Bearbeitungs- und Wohnungs-Pflichten herbeizuführen. Weshalb sollte ein Ansiedler so lange warten, ehe er das Besitzrecht auf seine Pre-emption erhält, wie es heute verlangt wird? Dies ist eine höchst unbillige Forderung. Die liberale Partei ist für die Bedingungen verantwortlich. Die konservative Partei, wenn gewählt, wird sie abändern. Es ist auch zu berücksichtigen, daß sie für eine Reihe von Jahren die einzige Partei ist, welche diese Bedingungen ändern kann; denn sie wird in Ottawa noch lange am Ruder bleiben und sie wird in naher Zukunft auch in Regina ans Ruder kommen. Die liberale Partei könnte diese Bedingungen nicht ändern, selbst wenn sie es zu tun wünschte, weil gerade sie dieselben eingeführt hat. Die konservative Partei ist die

einzige Partei, welche jetzt die Gesetze bezüglich Heimstätten oder Pre-emptions ändern kann. Die liberale Partei in dieser Frage zu unterstützen, wäre einfach lächerlich. Sie kann dem Heimstätter und Ansiedler eben nicht helfen.

Eisenbahnen.

Versorgung von Eisenbahn-Bequemlichkeiten durch die Provinz, wo immer sie gebraucht werden, einschließlich Eisenbahn-Linien, welche alle Teile der Provinz mit der Hudsons Bay-Eisenbahn verbinden; durch Bau provinzialer Eisenbahnen, oder die Uebernahme bestehender Eisenbahnen; durch Garantie der Bonds oder auf andere Weise; durch Vorsorge in jedem Fall, wo Mithilfe durch Garantie oder in anderer Weise gegeben wird:

(a) Die Erwerbung der Eisenbahn durch die Provinz, wenn dies zu irgend einer Zeit im öffentlichen Interesse erscheint;

(b) Die Kontrolle der Lage, Bauart, Ausstattung, Fracht-, Expreß-, Passagier- und Telegraphen-Raten irgend einer solchen Eisenbahn durch die Provinzial-Behörden.

Eisenbahn-Raten.

Die Ernennung eines Frachttarif-Sachverständigen durch das provinziale Eisenbahn-Departement zum Zwecke der Untersuchung und Uebersicht aller Frachtsätze, wobei die Festsetzung der Raten auf Kohlen und Holz besondere Berücksichtigung finden sollen, um die Interessen der Konsumenten gegen übertriebene und unterschiedliche Forderungen zu schützen und auf diese Weise eine Reduzierung der Kosten zum Lebensunterhalt in Saskatchewan herbeizuführen.

Die konservative Politik wird alle Teile der Provinz mit Eisenbahnen versehen. Keine Partei erkennt die Notwendigkeit von Eisenbahnen im Westen mehr an als die konservative Partei; denn sie baute die erste große Eisenbahn westlich der großen Seen, nämlich die C.P.R. Sie setzte diesen Bahnbau auch durch, ungeachtet der Prophezeiungen der Liberalen, daß dieselbe nicht einmal die Achsenschmiere für Wagen und Maschinen bezahlen würde.

Die konservative Politik sieht den Bau von Eisenbahnen durch Garantie der Bonds vor, und wenn dies nicht genügend ist, das

heißt, wenn dies nicht befriedigenden Bahndienst verschafft, wird Herr Haultain keinen Augenblick zögern, provinziale Linien zu bauen. Er erkennt die Notwendigkeit der Kontrolle über Zweigbahnen zur Hudsons Bay-Bahn an. Dies ist sehr notwendig, wenn man bedenkt, daß die Dominial-Regierung im Besitz der Hauptlinie ist. Hiermit ist die Frage aber noch nicht vollständig gelöst; denn damit die Bahn Geschäfte tun kann, müssen Zweigbahnen in das Getreideland hinein gebaut werden. In jedem Falle, wo die Regierung den Bau einer Eisenbahn-Linie unterstützt, wird Herr Haultain Vorsorge treffen, daß die Linie zu irgend einer Zeit, wenn die Provinzial-Regierung es für ratsam hält, von dieser käuflich erworben werden kann. Dies ist etwas, was die Scott-Regierung zu tun versäumt hat. Sie hat der C.N.R. und G.T.P. $32,000,000 wert von Land-Garantien bewilligt, hat dafür aber in Wirklichkeit nichts als Gegenwert erhalten.

Eisenbahn-Raten.

Das Volk von Saskatchewan bezahlt viel höhere Eisenbahn-Raten als es zahlen sollte. In einigen Fällen sind sie gar 100 Prozent höher als in den östlichen Provinzen. Dies ist ungerecht und es sollten sofort Schritte getan werden, diese zu erniedrigen und herunter zu halten. Dies zu tun, sollte die ganz besondere Aufgabe der Provinzial-Regierung sein, aber die Scott-Regierung hat es vernachlässigt zu tun. Anstatt die Kontrolle der Raten als Gegenleistung für die Millionen von Land-Garantien zu verlangen, hat sie den Gesellschaften erlaubt, nach Belieben zu schalten, und, als eine Folge, muß das Volk darunter leiden. Wenn die Regierung sich die Kontrolle der Raten auf der C.N.R. und G.T.P. gesichert hätte, würde die C.P.R. gezwungen gewesen sein, diesen Reduktionen entgegen zu kommen und die Raten in der ganzen Provinz würden herabgesetzt worden sein.

Als die Gesetzes-Vorlagen bezüglich Garantierung dieser Bonds eingebracht wurden, drangen Herr Haultain und seine Anhänger darauf, daß die Raten kontrolliert werden sollten; aber die Regierung nahm die Sache auf die leichte Schulter und nichts wurde getan. Die Schuld fällt demnach auf Premier Scott und seine Anhänger.

Herr Haultain wird, wenn an die Spitze der Regierung gewählt, dafür sorgen, daß ein provinzialer Frachtraten-Sachverständiger er-

nannt wird, der alle Fracht-Tarife untersuchen wird, wodurch das Volk in die Lage versetzt wird, den Eisenbahn-Beamten auf eigenem Boden zu begegnen. Die Scott-Regierung hat sich geweigert, einen solchen Sachverständigen anzustellen.

Gute Wege-Politik.

Die Einführung einer guten Wege-Politik, welche die Ausgabe von fünf Millionen Dollar vorsieht, die bereits von der Legislatur autorisiert ist. Die Anwendung des Geldes und die Arbeit soll wie folgt ausgeführt werden: (1) Unter der General-Kontrolle einer unabhängigen Kommission durch und mit den Munizipalitäten und lokalen Verbesserungs-Distrikten; (2) wo solche Organisationen nicht sind, soll dies durch die Kommission geschehen; diese Politik soll fortgesetzt werden durch eine weitere jährliche Verausgabung von einer Million Dollar für die gleichen Zwecke, bis ein anderer Beschluß von der Legislatur gefaßt wird.

Ausgaben für öffentliche Arbeiten.

Die Verausgabung seitens der Munizipalitäten und lokalen Verbesserungs-Distrikte von allen Geldern, welche von der Legislatur für Wege, kleinere Brücken und Ueberbrückungen (culverts) bewilligt werden, und welche als laufende Ausgaben gelten.

Die konservative Partei erkennt die äußerste Notwendigkeit einer großen Geldbewilligung für gute Wege an und sie hat einen Plan ersonnen, die von der Legislatur bewilligten $5,000,000 zu verausgaben. Aber sie sagt, daß dies Geld durch die lokalen Verbesserungs-Distrikte und die Munizipalitäten verausgabt werden soll, weil diese am besten das Geld anzuwenden wissen. Die konservative Politik geht also weiter als die der Regierung; denn sie sieht außer den $5,000,000 eine weitere jährliche Ausgabe von $1,000,000 für gute Wegearbeit vor.

Innere Aufbewahrungs-Elevatoren.

Vorsorge zu treffen für den Bau von Elevatoren im Inneren des Landes zur Aufbewahrung von Getreide, sowie Ausstattung der-

selben mit hinreichenden Vorrichtungen zum Reinigen und Trocknen.

Die konservative Partei will sich, unter Mitwirkung der Dominial-Regierung, die Errichtung großer Stapel-Elevatoren an verschiedenen Punkten in der Provinz zum Zwecke der Aufbewahrung von Getreide sichern. Diese Elevatoren sollen mit allen notwendigen Vorrichtungen zum Reinigen, Trocknen und Inspizieren ausgestattet werden. Der Farmer würde dadurch in den Stand gesetzt, sein Getreide gegen bar zu verkaufen und er würde praktisch denselben Vorteil genießen, als wenn er sein Getreide nach Fort William verschickte.

Da die inneren Aufbewahrungs-Elevatoren in jeder Beziehung modern und mit den neuesten Vorrichtungen ausgestattet sein werden, so werden dieselben Apparate zum Trocknen des Getreides enthalten. Dies allein ist schon ein großer Vorteil.

Es ist eine gute Sache, große und gut ausgestattete End-Elevatoren an den Großen Seen zu haben, um den Farmern gerechte Behandlung zu sichern; aber es ist eine ganz andere Sache, das Getreide nach den Ozeanhäfen zu schaffen. Die Getreide-Produktion steigt in riesigem Umfange. Die Entfernung vom mittleren Saskatchewan nach Fort William oder selbst den hauptsächlichsten Endpunkten, beträgt von 800 bis 1000 Meilen und es hat sich erwiesen, daß der Versand eines ungeheuer großen Ernteertrages auf diese Entfernung innerhalb weniger Monate im Herbst durchaus unpraktisch ist. Aufbewahrungs-Elevatoren würden das Problem lösen.

Kurz gesagt, innere Aufbewahrungs-Elevatoren würden folgendes Resultat zeitigen:

Richtiges Gewichtsmaß.
Absatz für die Farmer.
Ehrliche Gradierung.
Gerechte Preise.
Sorgfältige Reinigung.
Ausstattung zum Trocknen des Getreides.
Leichten und schnellen Verkauf.
Alle Vorzüge des Marktes.

Geldanleihen für die Farmer.

Sofortige Einrichtung eines Systems von Seiten der Regierung, um es den Farmern zu ermöglichen, bei dieser Geldanleihen zu ma-

chen zu solch niedrigen Zinsraten, wie der Geldmarkt und die Verwaltungskosten es gestatten.

Die Farmer der Provinz seufzen zur Zeit unter der erdrückenden Last hoher Zinsberechnung, welche von den Leihgesellschaften für vorgestrecktes Geld verlangt werden. Es ist tatsächlich unmöglich, Geld für weniger als 8, 10 und selbst 12 Prozent Zinsvergütung zu bekommen. Wie kann aber der Heimstätter und Kleinfarmer dies bezahlen? Dies ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Sie sind rücksichtslos preisgegeben und verkauft, weil sie das benötigte Geld nur unter schweren Opfern erlangen können.

Unter den jetzt herrschenden Verhältnissen wird so mancher Mann, der unter günstigen Bedingungen gute Fortschritte machen würde, in eine fatale Lage gebracht infolge einer Mißernte oder infolge von Hagelschlag oder Frost. Hat er Farmmaschinen auf Zeit gekauft oder Geld geborgt und tritt dann eine Mißernte ein, so wird er wahrscheinlich nicht in der Lage sein, seinen Verpflichtungen nachzukommen und er mag der Gefahr ausgesetzt sein, alles zu verlieren, was er besitzt. Denn Leihgesellschaften sind keine Wohltätigkeits-Anstalten. Die hohe Zinsrate, welche dieselben berechnen, verschlimmert die Sache noch mehr und erschwert die Bürde noch in recht beträchtlicher Weise. Die Erlangung billigen Geldes würde deshalb eine große Wohltat für jeden Farmer sein und Herr Haultain und seine Partei verspricht diese Neuerung einzuführen.

Das zu tun, sollte nicht schwer sein. Denn in den letzten paar Jahren hat die Regierung es den Eisenbahn-Gesellschaften durch Bewilligung ihres Kredits ermöglicht, Hunderte Meilen von Bahnlinien zu bauen. Nun, was die Regierung für die Eisenbahn-Gesellschaften tun kann, sollte sie sicherlich auch für das Volk tun können? Wenn sie es den Eisenbahnen ermöglichen kann, Geld zu 4 Prozent aufzunehmen, sicherlich kann sie es dann auch den Farmern möglich machen, Geld zu einer bedeutend niedrigeren Rate zu borgen, als sie jetzt bezahlen müssen. Die C.P.R. verleiht Geld zu 6 Prozent an Leute, die sich auf ihrem Lande ansiedeln, weshalb kann die Regierung nicht dasselbe tun? Es ist nicht recht, daß ein Mann, der sich auf C.P.R. Land ansiedelt, Geld billig erlangen kann, während ein Mann, der sich auf Regierungsland niederläßt, dies nicht tun kann. Die konservative Regierung will in dieser Beziehung Wandel schaffen.

Ländliche Telephone.

Einschluß der ländlichen Telephone in das provinziale Telephon-System und Unterstellung des ganzen Systems unter die Kontrolle einer unabhängigen Kommission.

Das Telephon ist eine große Bequemlichkeit. Die Bewohner der Städte und Dörfer haben bereits die Bequemlichkeit eines Regierungs-Systems, warum sollten die Farmer diese nicht haben? Sie sind willens, dafür zu zahlen. Die konservative Partei gedenkt die ländlichen Telephone dem Regierungs-System anzuschließen, wodurch sie den Farmern, die ein solches Verkehrsmittel dringend benötigen, einen großen Vorteil verschafft.

Gesetz-Reform.

Gesetz-Reform, einschließlich eines billigen, einfachen und wirksamen Systems zur Handhabung der bürgerlichen Gesetze in der Provinz.

Eine gesetzlich geregelte Form von Verträgen betreffend den Verkauf landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen.

Regierungs-Kontrolle und Aufsicht über den Verkauf von Aktien, Anteilen und Gesellschafts-Unternehmungen.

Jedermann weiß, daß das jetzt bestehende Gesetzes-System in mancher Hinsicht sehr kostspielig ist und eine ungerechte Bedrückung für das Volk bedeutet. Die Gesetze sollen sowohl einfach wie billig gemacht werden. Wenn der arme Mann eine Beschwerde hat, so sollte ihm eine billige Methode zur Verfügung stehen, um Gerechtigkeit erlangen zu können; denn Gerechtigkeit sollte keinem Manne vorenthalten werden, weil er etwa nicht in der Lage ist, dafür zu bezahlen.

Zur Zeit ist es wohlbekannt, daß einige der Verkaufs-Verträge, die von den landwirtschaftlichen Maschinen-Gesellschaften benutzt werden, höchst ungerecht sind. Sie enthalten Bestimmungen, welche der Durchschnittsmensch nicht versteht und die selbst ein Rechtsanwalt oftmals nur mit Mühe auslegen kann. Ueberdies befindet sich der Käufer insofern im Nachteil, als er Maschinen haben muß und in

seinem Ungestüm, sie sich zu verschaffen, mag er, in einem Moment der Schwäche, die höchst unbilligen Bedingungen unterschreiben. Herr Haultain wird Vorkehrungen zum Schutze der Käufer treffen, indem er nur eine Form von Verträgen für den Verkauf solcher Maschinen einführen will.

Billige Kraft und Wasser.

Es soll eine sofortige und umfassende Untersuchung in die Frage billiger Kraft-Entwicklung von den Nord- und Süd-Saskatchewan-Flüssen angestellt werden, und auch von den Kohlengebieten in der Provinz, in der Absicht, eine provinziale Kraft-Politik einzurichten; und in Verbindung mit dieser Arbeit soll eine gründliche Untersuchung geführt werden, um die Möglichkeit der Versorgung eines Wasservorrats für Bewässerung und häusliche Zwecke in solchen Teilen der Provinz, die dessen bedürfen, zu erforschen.

Initiative und Referendum.

Die Annahme des Prinzips von Initiative und Referendum.

C.P.R. Steuerfreiheit.

Die Beseitigung der ungerechten Steuerfreiheit der Canadischen Pacifik Eisenbahn.

Ergänzungs-Einkommen.

Der Widerruf der Abschnitte des Ergänzungs-Einkommen-Gesetzes, welches eine Steuer auf die folgenden Ländereien legt:

(a) Land innerhalb eines ländlichen Schuldistriktes.

(b) Heimstätten, welche unter dem Dominial-Landgesetz stehen.

(c) Land von wirklichen Bewohnern bis zur Ausdehnung von 160 Ackern.

(d) Land, welches unter einem Pachtvertrag mit der Dominial-Regierung steht.

Stimme für die konservative Partei und Du erhältst eine gute Regierung und gerechte Behandlung für alle Nationalitäten, Konfessionen und Klassen.